

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 32, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Inhalt:

Die Taktik der Arbeiter-Ausschüsse. II. — Münchner Friedhofswesen. II. — Geißes aus dem Straßenreinigungsdienst in Leipzig. — Im Dunkeln ist gut munkeln! — Unterhaltungslektüre. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Anzeigen.

Die Taktik der Arbeiter-Ausschüsse.

II.

Wenn man die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse beobachtet, so findet man, daß viele derselben völlig planlos verfahren. Unter Außerachtlassung jeder klaren Methode wird Sitzung auf Sitzung beantragt; eine Beratung jagt die andere. Ohne langes Nachdenken, ohne jede Vorbereitung werden Anträge zustande gebracht, welche nicht selten von sehr fragwürdigen Werten sind und spontan auftretende Regungen einiger weniger entspringen. Weder gut und ungewöhnlich formuliert noch eingehend erwogen und vorbereitet kommen sie dann auf die Tagesordnung — vielfach sogar gleich dunkelweise —, werden nicht mit der notwendigen Beharrlichkeit vertreten und verfallen ohne Umschweife der Abweisung. Alsus werden die abgelehnten Anträge wieder eingebracht und in der schlechtesten folgenden Sitzung wieder fast kampflos preisgegeben. Ein paar Male wiederholt sich dann noch dasselbe Spiel und bald verschwinden die meisten der Anträge lang- und langsam im Erlus. Daß dieses Schicksal oft genug auch recht wichtigen Forderungen widerfährt, liegt auf der Hand — wird es doch den Herren Vorsitzenden auf die geschilderte Weise sehr leicht gemacht, Anträge und Antragsteller im abgekürzten Verfahren los zu werden.

Auf diese Weise kann nichts Nennenswertes erreicht werden. Da wird dem Arbeiterausschuß das Odium eines kleinlichen Nörglers aufgedrückt, während er doch eine von zielklarem Handeln getragene Vertretung der Arbeiterschaft sein soll. Wie gestalten wir ihn dazu? Zwei Gesichtspunkte müssen als Richtschnur dienen: Unbedingte Durchführung der gestellten Anträge und Vererbung der dazu nötigen Gesamttätigkeit für die Agitation. Letzteres Moment wird leider meist außer acht gelassen; und doch ist gerade hier sowohl durch die Art, wie der Ausschuß von dem Vorgesetzten behandelt wird, als auch durch die in der Regel sich ergebende Ablehnung berechtigter Anträge Stoff in Fülle gegeben, mittels dessen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation nachzuweisen ist.

Betrachten wir also unter beiden angezogenen Gesichtspunkten die einzuschlagende Marschlinie.

Vor allen Dingen ist eine gewisse Mäßigkeit in der Säuigkeit der Sitzungen notwendig. Sie dürfen nicht sozusagen aus dem Nernel geschüttelt werden. Es geht nicht an, daß die beteiligte Mollgenenschaft achtlos und ohne erhebliches Interesse an der Tagung des Ausschusses vorüber geht; das tritt aber ein, wenn eine solche zu oft und regellos stattfindet. Der jedesmalige Zusammentritt des Ausschusses muß vielmehr gewissermaßen ein Ereignis sein, an dem die Kollegen lebhaften Anteil nehmen, dessen Verlauf sie mit

Interesse verfolgen und das sie gleichsam mobilisiert zur Wahrnehmung ihrer Interessen.

Keuherst wichtig für den Gang der Dinge ist die Art der Vorbereitung des Beratungsstoffes. Hier ist es Aufgabe der Vertrauensleute der Organisation, die Initiative zu ergreifen. Ihnen zunächst werden Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zu Gehör gebracht, ganz abgesehen davon, daß die Abstellung von Mißständen im Betriebe ohne weiteres zu ihren Pflichten gehört. In einer Sitzung der Vertrauensmänner wären also die Anträge zunächst vorzubereiten, was — wenn die Ausschußmitglieder organisierte Kollegen sind — am besten gleich gemeinsam mit diesen geschieht. Auch ein Vertreter der Organisation muß hinzugezogen werden, damit diese stets informiert ist und in die Lage versetzt wird, für Fragen, welche mehrere Betriebe interessieren, eine gemeinsame bezw. gleichzeitige Aktion der in Betracht kommenden Ausschüsse zu veranlassen. Nunmehr erhält der Ausschuß selbst die fix und fertig formulierten Anträge. In einer Versammlung aller Arbeiter des Betriebes, für den er zuständig ist, legt er das gesamte Material vor und referiert über die Gründe, welche zu den Anträgen führten, tatkräftig unterstützt vom Vertrauensmännerkörper. Selbstverständlich können und sollen Änderungen oder Erweiterungen oder auch neue Anträge aus der Mitte der Versammelten nicht unterbunden werden. Jedoch wird es bei Einmütigkeit den Vertrauensmännern und dem Arbeiterausschuß unüberwindlich gelingen, das zeit- und zweckmäßige ihrer Vorarbeiten zu erweisen, um so mehr, da ja auch hier der Organisationsvertreter unterstützend eingreift. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß eine zu lange Tagesordnung für die Beratungen eines Arbeiterausschusses meist vom Uebel ist; denn naturgemäß leidet bei der von seiten der Betriebsleitungen für die Sitzung meist nur knapp bemessenen Zeit die gründliche Behandlung der einzelnen Punkte darunter ungemein. Das eine muß jedenfalls festgehalten werden: Stegereitprodukte, die Hals über Kopf beschloffen und eingereicht werden, müssen ausgeschlossen sein.

Nachdem von den versammelten Arbeitern die Vorlagen bestätigt sind, der Arbeiterausschuß so also in aller Form seinen Auftrag hat, übermittelt er sie dem Vorsitzenden mit dem Ersuchen um baldige Anberaumung einer Sitzung, wobei zu bemerken ist, daß eine Verschleppung der Einberufung (der Ausschuß der Berliner Straßenreinigung hat beispielsweise kürzlich ein Vierteljahr darauf warten müssen!) unbedingt zu verhindern ist durch Einlegung der Beschwerde.

Vor der offiziellen Sitzung mit dem Betriebsleiter ist eine Besprechung der Arbeitermitglieder des Ausschusses unbedingt nötig, zur Leitung derselben wählen diese aus ihrer Mitte einen Obmann, welcher sich überhaupt die Förderung der Ausschußangelegenheiten zur Aufgabe zu machen hat und in ständiger Fühlung mit den Instanzen der Organisation bleiben muß. In dieser Vorbereitungszeit wird die Stellungnahme zu der Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung präzisiert, wie auch ein vollkommener Operationsplan festgelegt; nur so wird der Ausschuß seinem Vorsitzenden und Vorgesetzten einigermassen gewachsen sein. Um eine gute Verbindung vorzubereiten, ist die Bestimmung von Sprechern für die ein-

gehenden Punkte sehr zweckmäßig, wobei — allerdings je nach Qualifikation — möglichst alle Ausschußmitglieder zu berücksichtigen sind; es wird dann auch verhindert, daß sich der Schwale des Jorns seitens des Herrn Vorsitzenden — soweit er Betriebsleiter usw. in — immer nur über einen „Korridor“ ausdehnt. So ausgerüstet wird der Arbeiterausschuß mit Ruhe der offiziellen Sitzung entgegenzusehen können.

Wie notwendig solche Zurüstungen sind, weiß jeder, der schon bei den Beratungen dabei war. Es bedarf eines nicht geringen Maßes von Ruhe und Besonnenheit, aber auch Entschlossenheit, um den von parlamentarischer Sachkenntnis durchaus nicht angekränkelten, dafür aber sehr wertvollen Vorsitzenden zu sachgemäßer Leitung der Verhandlungen zu zwingen oder aber seinen jeweilig hervortretenden Machtgeheimen einen Damm entgegenzusetzen. Die Uebergriffe der Vorsitzenden in diesen Dingen sind Region. Mangel an Geschäftsschärfe, Unterbrechungen der Redner, Unterbindung der Meinungsäußerungen, absolut unzulässige Protokolle, die dem als Schriftführer fungierenden Buchhalter oder sonstigen Untergebenen des Vorsitzenden in die Hand diktiert werden — das sind so einige Charakteristiken der Verhandlungen. Sie stellen naturgemäß hohe Anforderungen an die Ausschußmitglieder; trotzdem darf nicht nachgelassen werden, mit jähber Ausdauer sie unschädlich zu machen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Protokolle, die ja den vorliegenden Mitteilungen eingereicht werden, um als Unterlage für die Entschlüsse bezüglich der Arbeiteranträge zu dienen. Auf objektive Abfassung muß Obacht gegeben werden und wenn irgend zu erreichen — die Ausbändigung einer Abschrift durchgesetzt werden. Wird dies abgelehnt, dann wird es am Platze sein, daß ein Arbeitermitglied bestimmt wird, der für alle Fälle kurze Notizen über die Verhandlungen macht. Um es zusammenzufassen: den anarchischen Gepflogenheiten des Vorsitzenden in parlamentarischer Beziehung gegenüber müssen die Grundzüge der Demokratie zum Durchbruch geführt werden. Eine Aufgabe, die nicht leicht ist, ja, erbitterte Kämpfe mit sich bringt — trotz alledem aber in erster Reihe gelöst werden muß. Ähnlich liegt es mit den Antworten der vorgesetzten Behörde auf die Anträge der Arbeiter. In der Regel teilt sie der Vorsitzende des Ausschusses referierend den Mitgliedern mit; natürlich kann er nicht aus seiner Haut heraus, so daß der Bericht alles andere nur nicht objektiv ausfällt. Das wird besonders der Fall sein, wenn der Herr auf Beschwerde der Arbeiter in irgendeiner Maßnahme reaktiviert wird; so etwas lehteren mitzutellen, kommt natürlich schwer an, weshalb die höhere Entscheidung dann oft sehr verstimmt zur Kenntnis der Arbeiter kommt. Da tut der Ausschuß, aut, bei der vorgesetzten Behörde um Ausbändigung der Originalantworten vorstellig zu werden. Es dürfte dadurch manche weitere Differenz vermeiden, wenn auch manchem Vorsitzenden ein ärgerlicher, aber doch heilsamer Augenblick bereitet werden.

Mit der stattgehabten Sitzung betrachten nun vielfach die Ausschüsse bis auf weiteres ihre Aufgabe erfüllt. Ist eine Entscheidung auf die beratenen Anträge erfolgt, so wird je nachdem darüber gemurrt — hat es keine Antwort gegeben; desgleichen. Und doch ist das ganz falsch! Erstens ist es ganz selbstverständlich, daß den Auftragsgebern, den Arbeitern Bericht gegeben wird über die Verhandlungen selbst sowohl wie über deren Resultat. Sie haben doch ein unbedingtes Interesse an dem Verlauf der ganzen Sache. Dann aber gilt es, an der Hand des gewonnenen neuen Materials — und solches bietet jede Ausschußsitzung zur genüge — den Arbeitern eindringlich und überzeugend zu beweisen, daß das vornehmste und durchschlagendste Mittel, die Arbeitsverhältnisse voran zu bringen, die Organisation ist. Beruht darin der Arbeiterausschuß, so müssen die organisierten Kollegen ihn vorwärts drängen. Um beides durchzuführen, ist wieder eine allgemeine Versammlung zu berufen, welche ebensoviele, wie die oben bezeichnete, die Anträge vorberatende, auf die Mitglieder der Organisation beschränkt sein darf — schon deshalb nicht, weil ja eine Agitation mit dem Ziel der Werbung neuer Mitglieder illusorisch würde. Eine fernere Aufgabe der Versammlung wird sein, über das weitere Schicksal der abgelehnten Anträge zu befinden. Auch das sollte nicht ohne weiteres geschehen, sondern erst Arbeiterausschuß und Vertrauensleute zur Vorberatung einer zweckmäßigen weiteren Erledigung überwiesen werden. Nicht selten handelt

es sich in solchen Fällen um Anwendung schwereren Gewichtes, was erst recht eingehend erwogen werden will. Die nur zu begreifliche momentane Erregung über die Ablehnung eines besonderen Antrages muß einer kühlen Erwägung Platz machen, soll die ganze Sache nicht verfahren werden.

Eine recht wichtige Aufgabe fällt dem Arbeiterausschuß dadurch zu, daß er unbedingt auch für die Durchführung der bezüglichen Anträge Sorge tragen muß. Die Erfahrung lehrt, daß in diesem Punkte die Betriebsleiter an Durchführung und Schützerung recht Entschlossenes zu leisten vermögen. Da muß der Ausschuß, auf dem Poiten sein, natürlich auch die Vertrauensleute, wie überhaupt alle Arbeiter — erliker aber allen voran!

Zweite die Behandlung und Abwicklung der regulären Sitzungen. Nun kommt es natürlich auch vor, daß ganz plötzlich eintretende Differenzen schnelle Erledigung heischen. Da heißt es dann: Arbeiterausschuß vor! Doch auch hier ist Ueberstürzung zu vermeiden. Zunächst eine kurze Zwiesprache zwischen den Ausschußmitgliedern, dann wenn irgend möglich, schnelle Verständigung mit der Organisationsleitung, welche doch bei Weiterungen (Arbeitseinstellung, Maßregelung usw.) einbringen muß; das sind unerlässliche Vorbedingungen. Auf jeden Fall zu vermeiden ist aber das Vorstelligwerden einzelner oder weniger Ausschußmitglieder. Das führt nie oder selten zum Ziel; andererseits bringt es im Falle der Erfolglosigkeit den Unterhändler in den Verdacht, nicht einmündig überfordert zu haben. Das zu entkräften gelinmt natürlich nicht, kann auch manchmal nicht gelingen, weil leider oft wahr.

Zum Schluß sei noch auf eine Gepflogenheit hinawiesen, welche sehr und da im Schwange ist: das plöglliche Niederlegen des Amtes als Ausschußmitglied. Es liegt darin geradezu ein Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl. Und wenn jemand ein Vorsitzender den Ausschußmitgliedern überantwortet, feins von ihnen darf ohne Einverständnis der Kollegenchaft, deren Vertrauen einzig und allein maßgebend ist, vom Platze weichen. An der Stelle, gegen die eine solche Maßnahme sich richtet, macht sie keineswegs immer den gewünschten Eindruck. Hier wie immer ist zu erwägen, ob nicht wirksamere Mittel vorhanden sind, Uebergriffe oder gar Releidigungen gegen den Ausschuß zu parieren.

Es ist im Vorstehenden verucht worden, einen Plan zu skizzieren, mittels dessen selbst die gegenwärtigen wenig bedeutenden Ausschüsse einigermaßen brauchbar zu machen sind. Erschöpfend ist das gewiß noch nicht geschehen. Soviel dürfte aber feststehen, daß, wenn in der angedeuteten systematischen Weise und im innigsten Kontakt mit der Organisation die Arbeiterausschüsse sich betätigen, wir wohl mit Recht auf etwas mehr Erfolg auf diesem Arbeitsfelde rechnen können. Die Ausschüsse werden nicht allein mehr Eindruck nach oben machen, sondern auch mitwirken an der Schaffung der Unterlagen für moderne Ausgestaltung solcher Arbeitervertretungen. Nebenfalls müssen wir mit allen Mitteln an die Verwirklichung unserer Aufgaben und Ziele herangehen. Veruchen wir dazu auch die Arbeiterausschüsse und zwar in der beschriebenen Richtung, um herauszuholen, was immer herauszubekommen ist. •

Wg.

Münchner Friedhofswesen.

II.

Als erster, schriftlicher Bericht fällt in die erbahene Reihenfolge der Münchener Friedhöfe die ungeliche Behandlung von Armen und Reichen, so daß der Klassenunterschied auch nach dem Tode zum Ausdruck gelangt. Wenn man sich die Aufbahrungsräume anschaut, so verliert es das Empfinden des Bestehenden — und noch viel mehr das eines Trauernden —, wie in den großen, luftigen Räumen hinter den Glaswänden so mancher Saig ohne Schwad, der andere aber geradezu in weizen, Plumen und Wägen eindruckt wird. Gewiß kein idealer Zustand. Der Umstand, daß es anderwärts noch schlimmer sein mag, rechtfertigt diesen Unterschied keineswegs.

Es bedarf bei einem Todesfalle nur einer Anzeige der Hinterbliebenen, worauf seitens der Friedhofverwaltung die Leiche nach dem Friedhofe gebracht, die Aufbahrung in der Leichenhalle, die Weiterbeförderung der Leiche zur Beerdigungsstätte in die Aussegnungshalle und der Transport zur Grabstätte besorgt wird, gleichviel ob dafür bezahlt werden kann oder nicht.

Zeit eingens haben sind in München nun auch die sogenannten Reichengräber eingeführt, in welchen natürlich nur die örmere Bevölkerungsklasse ihre letzte Ruhestätte findet.

Abgehen von dem damit zum Ausdruck kommenden Klassengegensatz bieten diese Massengräber auch noch sonstigen Anlaß zur Straft. Bei so dichter Belegung wird die Erde schnell mit Leiden überfrachtet und kann sich infolgedessen der Zersetzungszug nicht mehr in dem gewünschten Maße vollziehen. Als Folge zeigt sich, daß sich die Leichengase an die Oberfläche drängen und so die Luft in ganz erheblichem Maße verpesten. So haben wissenschaftliche Untersuchungen im südlichen Friedhof einwandfrei das Vorhandensein von ganz bedeutenden Mengen Leichengas in der Luft festgestellt. Dessen Ursache die Überladung und dadurch bedingte Zersetzungsvorgänge der Erde mit Leichen war. Durch das Zutreten der Reibengräber dürfte dieser Zustand auch bald in den anderen Friedhöfen zutage treten.

Wer Gelegenheiten hatte, im Hochsommer einmal die augenblickliche Begräbnisstelle für die Reibengräber aufzusuchen, der wird ob der geradezu pestilenzartigen Ausdünstung der Leichen durch die frisch aufgestülpte Erde wohl sehr schnell das Weite gesucht haben. Doch in dieser Zustand bei der geringen Entfernung der Leichen von einander sowie auch der zweireihigen Belegung ohne weiteres erklärlich. Wie die Sache erst wird, wenn nach der ziemlich kurzen Verweilungszeit neu belegt werden soll, also neben den frischen Leiden auch noch die Leiberreste der früheren Belegung, ihre Dünste in die Luft senden — das anzusehen wollen wir lieber unterlassen.

Als weiterer Mißstand stellt sich heraus, daß die Angehörigen nicht so ganz sicher den Ruheort des Verstorbenen kennen. Besonders mit dem Weitermarsch wird nach der Herichtung des ganzen Grabfeldes bestimmt, an welchem Platz die Begräbnis liegen. Aber die hochweise Friedhofverwaltung hat sich denn auch schon getraut und bei einer Transfizierung anstatt eines Mannes eine Frau herausbefördert; wobei es nur einem besonderen, hier nicht näher zu erörternden Zufall zuzuschreiben war, daß der Irrtum noch rechtzeitig entdeckt wurde.

Die sozialdemokratische Mutterkammer hat sich stets mit allen Kräften gegen die Einführung der Reibengräber zur Wehr gesetzt; waren damals im entscheidenden Augenblick die Ultramontanen, von ihrer eigenen Presse „Kammerkation“ betitelt, nicht ungeschicklich und hätten so mit den Liberalen die nötige Wehrzeit gebildet, dann wären diese Reibengräber den Mündernener erspart geblieben.

Meineswegs ein Ruhmesblatt bildet die Geschichte des Friedhofpersonals. Hier zeigt sich so recht, wie demokratisierend unser heutiger Militarismus auf jene gemeindlichen Vertriebe wirkt, die nach ihrer Veranlagung gern als Krieger erscheinen, die den Gemeinden gefügig ausgeprägten Militärsoldaten unterzubringen. Infolgedessen, einen eigenen, vernünftigen Gedanken zu produzieren, bestreiten sie sich mit dem nötigen niedrigen Gehalt in heimlichen Qualgeheimnissen. Keine Regel natürlich ohne Ausnahme.

Aber auch in den oberen Regionen ist gar manches faul im Staatsdienst. Es ist z. B. Tatsache, daß eine gewisse Spanne Zeit fast ausschließlich nur Leute anlangen, die als Qualifikation — Mitglied des Vereins ehemaliger „Luitpoldlanomere“ waren. Das Friedhofpersonal repräsentierte damals zum größten Teil diesen Verein und in der Vorstandschaft sah als ausschlaggebende Persönlichkeit der damalige — Friedhofinspektor.

Schon einmal mußten die Verbandsbeamteten gegen die Übergriffe des derzeitigen Friedhofinspektors in bezug auf die Vermögensverhältnisse des Friedhofpersonals bezüglich des Wahlzertifikates intervenieren, mit dem Erfolg, daß es der Herr Inspektor „nicht so gemeint haben“ wollte.

Was Geistes und der Herr aber ist, geht so ziemlich aus dem Anstande hervor, daß er, als er dem Personal die neuen Anordnungsbestimmungen zur Arbeitsordnung vorlas und ein Mann sich in einer Sache nicht ganz klar war, diesen folgendermaßen überlieferte: „Was erlauben Sie sich denn? — Wir haben hier keine Diskussion; wenn Sie einen Vortrag halten wollen, müssen Sie schon hin zu Ihrem Verbands gehen.“ Obwohl wir hierzu noch mehr in petto hätten, mag es damit genügen.

Sobin war besonders betont, daß auch das Militär im Friedhofbetriebe seine demokratisierenden Züge zeigen sollte. Es sei dazu noch bemerkt, daß, wenn man aus der Verein der Luitpoldlanomere ausgeht, hat Militär immer noch Trumpf ist. Da gäbe es z. B. eine ganze Reihe von ausgezeichneten städtischen Arbeitern, die aus diesen oder jenen Gründen eine leichtere Bekleidung brauchen und ganz gut zu dem Ankle eines Friedhofwärters — der Volksmund hat sie „Gleamtübata“ genannt — herangezogen werden könnten. Das ist aber nicht nach dem Geizhals der Friedhofverwaltung; ist doch der Herr Verwaltungsrat jetzt Meistereigentümer. Und da haben wir es beispielweise erlebt, daß ein junger Gutmensch ganz einfach die Einkartelle nicht Mandamentierung seines ehemaligen Sogelbauhmanns, nachherigen Kommandeurs der Unteroffizierschule Antjeitelshend, nach der Friedhofverwaltung lang; kurze Zeit darauf war er — Friedhofwärtner.

Aber die Friedhofverwaltung kann auch anders. Ich erinnere mich da eines mit dem eben geschilderten Vorgang zeitlich ziemlich zusammenfallenden Falles, wobei es sich um einen voll-

18 (achtzehn) Jahre bei der Stadt beschäftigten Friedhofbediensteten handelte. Er war verunglückt, erkrankte dann noch dazu an Leichengasvergiftung, was eine längere Kur und einen zweimaligen Aufenthalt im Sanatorium zur Folge hatte. Alles in allem wird er wohl ein Jahr krank gewesen sein. Als er sich Anfang Juli d. J. als gesund zum Dienste meldete, mußte er erfahren, daß für ihn wohl kein Posten frei sei. Erst nach etwa 7-8 Wochen konnte er wieder anfangen. Und dies alles, obwohl der Mann — und das ist eben das Unerhörte — ständiger häuslicher Arbeiter und Mitglied der Versorgungskasse war. Gewiß wird es die Mündernener städtischen Arbeiter, welche Mitglieder der Versorgungskasse sind, interessieren, wie dem Manne von der Versorgungskasse geholfen wurde. — Nun, er hat, wenn mich mein Gedächtnis nicht im Stich läßt, nun annähernd 50 Mk. nachzuzahlen, als Beitrag für die Zeit, in welcher er krank und ins Sanatorium eingewiesen war. Die Friedhofverwaltung hatte aber dem Manne auch noch die Wohnung gebührend, womit auch die Frau, die den Dienst einer Abwehrwärterin verlor, brotlos geworden wäre; mit knapper Not war es möglich, diesen Streich abzuwehren. Die Familie dieses Mannes zählt, wenn ich nicht irre, 9 Köpfe. Handglossen daran zu knüpfen, hieße nur die Wucht dieses Vorganges abschwächen. Doch sei bemerkt, daß die beteiligten Personen dieser Darstellung vollkommen fern stehen.

Die Instandhaltung der Wege und Bäume besorgt die Stadtgärtnerei durch einen Gärtner und etliche Hilfsarbeiter in jedem einzelnen Friedhof. Der Gärtner hat in den neueren Friedhöfen Dienstwohnung und so im allgemeinen ein finanziell besseres und angenehmeres Arbeitsverhältnis als die übrigen städtischen Gärtner, welche die in der ganzen Stadt zerstreuten Anlagen zu besorgen haben und infolgedessen sehr früh den Weg zur Arbeit antreten müssen und auch nicht am Familienmittagsisch teilnehmen können.

Die Organisation hatte bei dem Friedhofpersonal noch nie einen rechten Halt. „Sie flogen ein, sie flogen aus, grad wie in einem Wunnenhaus.“ Doch ist es den unablässigen Bemühungen unseres Verbandes gelungen, nachdem die christlichen Allerteils-Gesellschaftler, genannt „Christlicher Hilfs- und Transportarbeiterverband“, abgewirtschaftet hatten, einen Stamm treuer, verlässiger Mitglieder herauszubilden, sowie auch in die trostlosen Verhältnisse des Personals einige Ordnung zu bringen und auch eine bedeutende Lohnerhöhung zu erreichen. Das Gros des Friedhofpersonals aber ist heute noch indifferent und es wird noch sehr vieler Arbeit bedürfen, um diese Kollegen noch zu Klassenbewußten und Kampfern zu erziehen. Immer hinein in die „Organisation“, das ist die Parole, die sich auch das Friedhofpersonal zur Richtschnur nehmen möge; dann ist der Erfolg unaussprechlich.

Gerne akzeptieren wir das persönliche Zugeständnis des Verwaltungsrates der städtischen Friedhöfe, daß seit dem Eingreifen unserer Organisation die größten Leistungen unter dem Friedhofpersonal verschwunden oder wenigstens erheblich zurückgedrängt wurden. So zeigt sich auch hier, daß die Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbewegung im wahren Sinne des Wortes ist, die ihre Mitglieder nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ethisch auf eine höhere Stufe zu heben sich bemüht. Der Indifferente aber, der sich selbst und den Kollegen gegenüber die Treue nicht hält, der wird dies auch der Stadtverwaltung gegenüber nicht tun.

F. Sebalb.

Heikles aus dem Straßenreinigungsdienst in Leipzig.

Wie in einem früheren Artikel bereits bekannt gegeben, tritt am 1. April 1908 eine neue Organisation im städtischen Straßenreinigungsdienst in Kraft, als dann die gesamte Straßenreinigung vom Rate der Stadt ausgeführt wird, wozu die Hausbesitzer mit einem geringen Beitrag zu den Kosten beitragen werden. Diese Neuorganisation macht daher in dem gegenwärtigen Stadium einen umfangreichen Vorbereitungsbedarf notwendig, wo ein Versuch dem anderen folgt, um die äußerste Leistungsmöglichkeit des Einzelnen zu erproben, wie es andererseits die Vergütung und Einteilung neuer Arbeitsmethoden zur Folge hat. Es erhebt sich keineswegs unverständlich, wenn in legaler Weise ein solcher Vorbereitungsbedarf nach allen Seiten erwogen und auf seine Durchführbarkeit geprüft wird, um dann im kommenden Jahre in die Praxis überleitet zu werden. Nur muß es uns bedenklich stimmen, daß die lebendige Kraft das Hauptkapital aller Versuche dabei abgeben muß, und wie es gegenwärtig hier zu beobachten ist, in einer Weise, daß es fast über menschliche Anforderungen geht, was zurzeit hier verlangt wird. Das ist ein Dasten und Zagen, ein Hin- und Herbewegen, alles nur dem befehlenden Kommandowort folgend: Diese und jene Straße oder Bezirk muß in der und der Zeit fertig werden, ohne daß man die Wohlhabensfrage einer Erwägung unterwerft. Daß dabei die Solidität und Gewandtheit der Arbeit nicht in den Vordergrund gerückt wird, dürfte verhältnismäßig erwidern. Wir haben bei diesem aus eigener Anschauung ge-

wonnenen Bilde die Meinung, daß die Verwaltung über die Abschließung dieser Vorbereitungsarbeiten ein durchaus schiefes Bild erhalten muß, da es absolut undurchführbar erscheint, was jetzt in überhäufender kürzerer Zeit in allerintensivster Weise geleistet wurde, in regulärer andauernder Arbeit im kommenden Jahr dann verlangen zu können. Andere Umstände sprechen außerdem dabei noch mit. Während diese Arbeiten jetzt von meistens älteren, also gut eingerichteten Arbeitern erledigt wurden, kann im nächsten Jahr in dieser Form davon keine Rede sein, da nur eine Meinung jetzt vorherrschend ist, und die ist: „Geht es in diesem aufreibenden System so weiter, sehen wir uns nach anderer Arbeit um.“ Bahnlisch, ein wenig erhebender Gedanke für einen „Rusterbetrieb“. Mehrere ältere Arbeiter haben auch diesen Weg schon vorgezogen und befinden sich in Privatbeschäftigung in weit angenehmerer Stellung. Wer Gelegenheit hatte, nicht nur allein zu Nachtzeiten, auch bei Tage sich von der Tätigkeit eines Straßenreinigers überzeugen zu können, der wird den obigen Standpunkt der Arbeiter verstehen und begreifen können. Es ist halt so, daß fast auf jeden zweiten bis dritten Arbeiter ein Aufpasser und Antreiber kommt. So ist es denn auch erklärlich, wenn von den Vorgesetzten ein förmliches Wettarbeiten in Szene gesetzt wird, um den Befehl der höchsten und in kürzester Zeit hervorgerufenen Leistungsfähigkeit zu erlangen, ohne daß Rücksicht auf die Arbeiter dabei genommen wird. Ob in dieser Art die jüngeren Arbeiter zum Aushalten angereizt werden, erscheint uns fraglich. Was aber unsere Bewunderung erregt, das ist die Langmut und Geduld des Publikums, das es zu den Annehmlichkeiten eines Stadtbürgers hinzurechnen muß, in staubbevölkerten Straßen seinen Verrichtungen nachzugehen. Denn die sogenannte „fliegende Molonne“, wie sie von den Arbeitern karlsastisch bezeichnet wird, die als ein Teil des Extraktes aus der Keuerung betrachtet werden kann, hat nicht Zeit, genügend zu sprengen, will sie ihre 30-40000 Quadratmeter Reinigungsfläche pro Mann und Tag erledigen. Außerdem hat diese Molonne, die aus 3 Mann besteht, obendrein noch die Annehmlichkeit, die Vorwürfe und Scheltreden des Publikums einzuflecken, das da glaubt an den Arbeitern seinen Unwillen auslassen zu müssen, antastet sich an die Stelle zu wenden, von wo das Uebel eingeführt wurde. Vorstellungen darüber bei den direkten Vorgesetzten werden mit dem salomonischen Hinweis des auszuführenden Organs von oben abgetan. Eine andere die Arbeiter sehr interessierende Frage möchten wir noch ansprechen, das ist die Nacharbeit, die in die Zeit von abends 11 Uhr bis früh 8 Uhr fällt. Trifft es sich z. B., daß das bestimmte Pensum nicht erledigt werden konnte, geht es eben ohne Bezahlung länger bis 9, sogar auch schon bis 10 Uhr. Es muß das Pensum geleistet werden, und damit Punktum. Bekanntlich wird 25 Proz. Zuschlag für die Nacharbeit von den Arbeitern verlangt, weil mit ihr mehr Ausgaben verbunden sind. Die Mittagszeit ist auf die Zeit von 1-2 Uhr nachts festgelegt. Man sucht eine Restauration auf, seinen Imbiß in Ruhe einzunehmen. Der Wirt, im Quartier zu schließen, gewährt Einlaß; ob des zu erwartenden Geschäfts von 15-20 Mann, auch weniger. Sein Verhalten ändert sich aber bei der Schlussabrechnung, da unsere Straßenreiniger bei ihren Löhnen nur geringe Ausgaben machen können und am anderen Tage finden sie die Stätte von Gambrius verschlossen. So geht es öfter. Wo man aber sonst noch Einlaß findet, verlegt man sich wirtsseitig auf die Erhöhung der Preise. Man schaffe daher entweder genügend Unterkunftsräume oder gewähre den Zuschlag.

Unterhaltungs-Lektüre.

Nicht mit Unrecht hat man das gegenwärtige Zeitalter ein „papierne“ genannt. Tag für Tag ergießen sich breite Zeitungsströme ins Land, und die Zahl der jährlich auf den Markt geworfenen Bücher geht in die Zehntausende. Die Interatenplanlagen gedeihen in einer früher unerhörten Fülle und finden leider trotz ihrer nicht sehr sauberen politischen Nebengeschäfte vielfach noch Eingang in die Kreise, deren Interessen lediglich von der sozialdemokratischen Presse ernsthaft vertreten werden. Dem aufgeklärten Arbeiter gilt das als ein beschämender, unerhörter Zustand! Darum hat die Agitation in der letzten Zeit ganz besonders scharf an diesem Punkt eingeseht und hat prächtige Erfolge errungen. Die sozialdemokratische Tagespresse fügt ein neues Lesefanale an das andere! Und die Gewerkschaftspressen brillieren mit Auflageziffern, die einem zuweilen geradezu „amerikanisch“ vorkommen. So befinden sich alle proletarischen Presseunternehmungen, die direkt dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiterklasse dienen, recht wohl und im schönsten Aufschwung. Wie aber steht es mit unserer Unterhaltungslektüre, soweit sie nicht Platz in der Tagespresse findet? Es ist traurig, aber wahr, daß es Parteigenossen, gute Parteigenossen gibt, die zwar die Abonnementaufforderung etwa eines „Generalanzeigers mit Verachtung von sich weisen würden, die aber kein Auge haben für die feltame Lektüre, in die Frau und Kinder sich vertiefen, wenn es gilt, eine der seltenen freien Stunden in guter Erholung hinzubringen. Die blutroten, neidgelben und giftarinen Schundromanhäfte müssen da häufig, allzu häufig, die „geistige“ Anregung liefern! Wie

Ein anderer Mangelstand, der mit der Lohnzahlung in Verbindung kommt, darf nicht unerwähnt bleiben. Man verlangt, daß insbesondere die Nachtarbeiter in ihrer freien Zeit die Lohnzahlungsstelle aufzusuchen haben, wo bis zur Arbeitsstelle Entfernung bis zu ¼ Stunde in Frage kommen. Und wenn es einem der mit der Lohnzahlung in Betracht kommenden Herren früh nicht gut paßt, kann man sich das Vergnügen leisten, Mittags ½2 Uhr eine Wiederholung vorzunehmen. Wo da die Zeit zum Schlafen bleibt, scheint den Herren bei ihrer Menschenfreundlichkeit gleichgültig zu sein. Verlangt muß mit vollem Rechte werden, daß der Lohnzahlungszeitpunkt in die Arbeitszeit fällt.

Was folgert aber nun aus all dem Geschilderten für Euch Arbeiter, die Ihr unter diesen Verhältnissen zu arbeiten gezwungen seid, unter den Zufzern und Mangeln, daß es besser werde? Nur ein kräftiger, von einigender Einmütigkeit getragener Zusammenschluß in der Organisation, die Eure Rechte vertritt. Nur durch sie allein könnt Ihr Besserung erwarten. Darum tretet Mann für Mann in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter! Arbeitet mit an dem Kulturwerk zur Hebung der sozialen Lage des Proletariats in städtischen Betrieben!

G. Sch.

Im Dunkeln ist gut munkeln!

Im allgemeinen getätelt zwar unser Raum nicht, die oft nicht uninteressanten Verhandlungen in den Stadtparlamenten gebührend zu würdigen. Wir müssen uns daher zumeist auf eine Registrierung der uns interessierenden Beschlüsse beschränken. Wenn wir im Nachfolgenden jedoch eine Ausnahme machen, so deshalb, weil die Verhandlungen in München (Ladbach) zweierlei markant hervorzuheben lassen: einmal die Jagdbästigkeit, ja man kann fast sagen den Widerwillen der Stadtväter, sich mit den Verhältnissen der städtischen Arbeiter überhaupt beschäftigen zu müssen; sodann die pflanzliche Art und die „Christentum“ der Arbeiterinteressenvertretung durch den als „Christlichen“ Führer hinlanglich bekannten Stadtv. Wiesberts. Wir schenken uns jedes weitere Kommentar zu der am 6. Oktober stattgahabten Stadtverordnetenversammlung in M.-Gladbach, sondern drucken statt dessen den Bericht der „M.-Gladb. Ztg.“ ab. Mögen unsere Kollegen selbst urteilen und mögen endlich auch denjenigen die Augen aufgehen, die von „Christlicher“ Seite Hilfe erwarten!

Man tritt in die Einzelberatung der Paragrafen betreffend die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Angestellten und Arbeiter ein.

Bei § 1 kam es nur zu unwesentlichen Bemerkungen.

Sobann wird § 2 erörtert.

Stadtv. Wiesberts: Ich möchte hier einige prinzipielle Bemerkungen machen. Zur Gewinnung des Materials, um materielle Unterlagen zu schaffen, würde es sich nicht empfehlen, nur die Versicherungsanstalten anzugehen, sondern sich die Resultate der Versicherungslisten, vielleicht von Krupp (!) und einigen anderen größeren Werken, kommen zu lassen. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß nach dem Entwurf der Anspruch unterbrochen werden soll bei einer Krankheit, die mehr als drei Monate dauert, und bei vorübergehender Arbeitslosigkeit, die mehr als drei Monate dauert. Ich glaube, daß dieser Termin ein zu geringer

kommt das? Mein vernünftiger Mensch wird dulden, daß seine Angehörigen etwa verdimmeseltes Brot oder verkauftes Fleisch als Nahrung zu sich nehmen. Nun: jene Hintertreppenliteratur ist verdimmeseltes und verkauftes Nahrung für den Geist, für das Gemüt, für die Phantasie! Andere wieder lassen Gemüt und Phantasie gänzlich hungern. Sie geben ihnen nichts, trotzdem ihre Friedliebung ebenfugot eine Notwendigkeit ist wie die leibliche.

Aus all diesen Erwägungen heraus hat die Partei ihre eigene Romanzeitung begründet — mit dem vornehmlichen Zweck, die bössartige Unterhaltungslektüre, die Schundromane aus den Arbeiterfamilien zu verdrängen. Um so nötiger ist das, als diese Erzeugnisse zuweilen nicht bloß nur sind, sondern sogar eine direkt arbeitserniedrigende Tendenz verfolgen. Edle Könige, edle Fürstinnen, edle Grafen treten meist in Mädeln auf, und das Volk wird als eine dumme, liebedienerische Masse hingestellt, die für jedes gnädige Nicken eines fürstlichen Hauptes einen Anzug macht und so sich selbst erniedrigt. Stedt nur einmal die Nase hinein, Partengenossen, und der Edel packt Euch! Also: es ist auch ein Kampf, der hier geführt wird, ein Kampf gegen alte, schlechte Gewohnheiten, die uns hindern im Wege stehen. Die verdächtige Wirkung der Schundliteratur aufzuheben, ihr wegen ihrer Unwahrscheinlichkeit und Phrasenhaftigkeit den Todesstoß zu versetzen — diese Absicht wird mit der sozialdemokratischen Romanbibliothek „In Freien Stunden“ verfolgt.

Ihren Zweck ins Auge fassend, greift diese Zeitschrift nicht zu dem oft zu schwer verständlichen in der Literatur, vielmehr sucht sie durch die Auswahl möglichst einfacher, volkstümlicher, handlungreicher Romane sich dem Verständnis auch des Unbelesenen

ist, denn in der Regel wird die Krankheitszeit, verbunden mit Erwerbsunfähigkeit bei Invaliderung, drei Monate übersteigen. Oder man müßte dem Paragraphen eine Interpretation geben, die für die spätere Auslegung maßgebend ist. Nehmen Sie bei der unverschuldeten Arbeitslosigkeit den Fall, daß Mangel an Arbeit eintritt; wir müßten Arbeiter entlassen, die fünf bis zehn Jahre bei uns beschäftigt sind, nachher stellen wir sie wieder ein, dann müssen wir ihnen doch die frühere Zeit wieder anrechnen. Sonst könnte die Stadt die Sache in der Weise zu ihren eigenen Gunsten willkürlich unterbrechen, indem sie die Arbeiter einfach entläßt und nachher wieder einstellt. Ich möchte in dieser Beziehung keinen Antrag stellen, sondern die Angelegenheit der Kommission zur Beratung überlassen.

Der Vorsitzende: Wir haben hier nicht aus eigener Kraft und Erfindung, sondern nach berühmten Mustern gearbeitet. Wir haben uns die Bestimmungen aus den Städten, wo die Sache besteht, kommen lassen, und soweit ich diese übersehen kann, stimmen alle darin überein, daß die Unterbrechung, die über drei Monate hinausgeht, nicht angerechnet wird. Nur Krefeld macht eine Ausnahme, das sechs Monate angenommen hat. Die Sache ist meines Erachtens nicht von großer Bedeutung.

Beigeordneter Richter: Wenn der Rechtsanspruch gegeben würde, dann würden die Arbeiter den Anspruch auf die reichs-gesetzliche Versicherung verlieren.

Stadtv. Wiesberts: Nach dem § 3 würden über neun Zehntel der städtischen Angestellten und Arbeiter nicht in den Genuß der Versicherung kommen, da die staatliche Invalidenversicherung höher ist, und zwar etwa 300 Mk. Es würde daher besser sein, ihnen einen Zuschuß zu der staatlichen Versicherung zu geben. Wenn die Arbeiter auch nur das geringste Interesse für die Vorlage haben sollen, dann müssen Sie ihnen einen Zuschuß zu der staatlichen Invalidenversicherung geben. Wenn die Sache für die Arbeiter einen Zweck haben soll, dann muß hier die grundlegende Änderung eintreten.

Der Vorsitzende: Die Ausführungen des Herrn Wiesberts sind keinesfalls richtig. Wenn der Arbeiter in der staatlichen Versicherung sein volles Geld bekommt, daß er versorgt ist bei seiner Erwerbsunfähigkeit, dann haben wir keine Veranlassung, ihm noch etwas dazu zu geben. Wenn er so gestellt ist, wie unsere Staats- und Gemeindebeamten bisher gestellt waren — und so wird er gestellt, wenn er nach zehnjähriger Dienstzeit austritt —, dann ist das genug. Es würde für uns böse sein, wenn sie alle nach zehnjähriger Dienstzeit austräten. Tut er das nach zwanzigjähriger Dienstzeit, so ist das, was er dann vom Reich bekommt, gegenüber unseren Söhnen gleich Null. Wir haben keine Veranlassung, den, welcher der Stadt nur zehn Jahre gedient hat, besonders gütig zu stellen, aber bei dem, der zwanzig Jahre lang zur Stadt gestanden hat, sagen wir gut, der soll so gestellt sein, daß er auf seine alten Tage noch einen guten Tag erleben kann.

Stadtv. Wiesberts: Ich bin im Irrtum insofern, als die Sache mit den 300 Mk. nicht ganz stimmt; ich habe die Tabellen nicht bei mir, aber bei den niedrigeren gelobten Klassen wird es doch vielleicht zutreffen, daß der Zuschuß, den sie von der Stadt bekommen, verhältnismäßig gering ist. Es wäre gut, wenn das einmal verglichen würde.

Der Vorsitzende: Zu bin gern bereit, in der Kommission die weiteren Erörterungen zu geben. Ich kann nur sagen, daß die höchste Altersrente 200 Mk. beträgt. Wir haben doch keine

Invalidenrente, sondern wir wollen den Leuten einen guten Lebensabend verschaffen. Wenn sie invalide sind, dann tritt das Reich auch ein.

Beigeordneter Porzell verliest die Sätze der Reichs-Invalidenversicherung, die wesentlich geringer sind, als sie Herr Wiesberts angab.

Stadtv. Wiesberts: Ich bin ja auch der Ansicht, daß die meisten staatlichen Arbeiter soviel Lohn verdienen, daß sie auch später bei der Invalidität ordentlich gestellt sind.

Der Vorsitzende: Ich möchte auch Herrn Wiesberts bitten, hier nicht Erörterungen ohne die genügenden Unterlagen zu machen. Ich kann nur entschieden erklären, daß alle diese Ausführungen absolut nicht richtig sind und hinzuzufügen, daß wie die städtischen Arbeiter ihren Leistungen entsprechend recht gut bezahlten.

Stadtv. Konnenmühlen: Ich möchte beantragen, daß die Beratung der einzelnen Paragraphen in die Kommission verwiesen wird.

Stadtv. Wiesberts: Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob ich die Sätze als ungenügende bezeichnen wollte; ich wollte nur auf die unterste Grenze aufmerksam machen. Im übrigen erkenne ich an, daß die Sätze annehmbar und gut sind; dadurch, daß ich auf die unteren Sätze aufmerksam machte, wollte ich nur, daß den Leuten noch mehr entgegengekommen wird.

Der Vorsitzende: Wir werden auf die Sache zurückkommen, ich glaube aber nicht, daß wir noch mehr entgegenkommen können. Es ist das höchste, was wir bieten können, indem wir den Angestellten und Arbeitern dasselbe geben, was die Staats- und Gemeindebeamten bisher gehabt haben. Wo wir erst den Versuch machen, wo wir erst anfangen, wollen wir vorsichtigerweise (?) statt zwanzig Schillingel fünfzehn Schillingel geben. Ich glaube nicht, daß es angängig ist, eine derartige Kritik anzulegen. Ich zweifle nicht daran, daß alle die gemachten Ausführungen irrtümlich sind.

Stadtv. Zimmer: Ich möchte meine Genugtuung darüber ausdrücken, daß der Gang der Debatte gezeigt hat, daß es richtiger gewesen wäre, wie meine Bitte lautete, nicht in eine Erörterung einzutreten; wir haben nur Zeit verloren. Wir haben ja auch gehört, welche Berechnungen nach verschiednen Seiten hin noch angeht werden müssen.

Stadtv. Konnenmühlen: Die Genugtuung des Herrn Zimmer kann gar nicht so groß sein, denn sein Antrag ging dahin, überhaupt zu verlagen, während wir prinzipiell doch vom Fleck gekommen sind. Ich möchte nun beantragen, daß wir die Beratung der einzelnen Paragraphen der Kommission überlassen.

Der Vorsitzende: Dagegen habe ich nichts und ich glaube auch, daß die Versammlung damit einverstanden ist.

Stadtv. Wiesberts: Um die Beratung nicht länger hinzuziehen, scheint es mir ganz nützlich, wenn wir uns nur noch kurz darüber unterhalten und daraufhin die Unterlage schaffen. Einmal muß das geschehen. Wenn Sie mir gestatten, daß ich im Zusammenhang für verschiedene Paragraphen Anregungen gebe . . .

Der Vorsitzende: Reichen Sie die der Kommission ein, wir haben doch Gelegenheit, in der Kommission darüber zu verhandeln. Ich halte es für das gute Verhältnis zwischen Stadt und Arbeitern nicht für dienlich, wenn öffentlich

zu nähern, um so von vornherein dem Einwurf zu begegnen: „Ja, das verstehen wir aber nicht!“ Um anzudeuten, wie die „Freien Stunden“ ihre Aufgabe zu erfüllen trachten, seien Titel und Verfasser einiger Romane hier verzeichnet. Es wurden u. a. veröffentlicht: „Die Armen und Elenden“ von Victor Hugo und andere Romane desselben Verfassers; „Florian Gegers Heldentod“ und andere von Robert Schweißel; „Der Kampf um die Adolle“ von Elise Cresco; „Was die Schwalbe sang“ von Friedrich Spielhagen; „Unter den Dolomiten“ von Konrad Felmann; „Magdalone Dornis“ von Felix Döhländer; „Domben und Sohn“ von Tidens; „Danna“ von Sientkiewicz; „Islandsfischer“ von Pierre Loti; „Die schwarze Galeere“ von Wilhelm Raabe; „Der Goldmensch“ von Maurus Jokai; „Fran Therese“ von Erdmann Chatrian; „Der Sturm auf die Wähe“ und andere von Emilie Jola; „Die Regulatoren von Arkantas“ und andere von Friedrich Gerstäcker; „Der Jesuit“ und andere von C. Spindler; „Der Teufel“ von Robert Viduanan; „Der verlorene Sohn“ von Hall Gaine; „Rebellen“ von Eugen Schürstow.

Diese Liste enthält noch nicht die Dülle der mehr als vierzig Romane und Novellen, die während des zehnjährigen Bestehens von „In Freien Stunden“ geboten wurden!

Der am 1. Juli begonnene Jahrbuch bringt als Hauptroman: „Die Fälscher der Wildnis“ von Johannes Scherr. Der bekannte Kulturhistoriker hat hier ein Stück interessanter Zeitgeschichte ins Poetische übertragen. Die Erzählung setzt ein mit der Verhaftung zweier „Morgensmörder“, Mitglieder des revolutionären Gerichtshofes, der Karl I. von England zum Tode verurteilte. Die Reaktion ist wieder aus England gekommen und die

Debe auf das Edelwild geht los. Der Roman spielt in der nord-amerikanischen Kolonie Neu-England und nimmt im weiteren die Schilderung der Kämpfe zwischen Weißen und Indianern zum Gegenstand. Zum Teil sind historische Personen die Träger der Handlung. Es wird ein typisches Bild der bezeichneten Kämpfe zu geben versucht. Meine geschichtliche Erläuterungen führen auch den weniger Lesenden in die historische Umwelt ein, wodurch sich der allgemeine politische Zusammenhang klar wird. So einen sich hier Unterhaltung und Belehrung mühelos miteinander. — Neben diesem illustrierten Hauptroman kommt zunächst die berühmte schwedische Schriftstellerin Selma Lagerlöf zu Worte. „Eine Dorenbossage“ hat sie die Erzählung betitelt, in der eine reiche Phantastie und eine kunstgeübte Hand uns klare, reise Poetie bietet; die Lage von der armen Ingrid, deren Liebe einen Arztsinnigen von seiner Krankheit, von seiner Willenslosigkeit erlöst.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch auf eine sorgfältige Ausführung der Illustrationen gehalten wird. Ohne der Uebersetzung zu verfallen, darf behauptet werden, daß sie einer künstlerischen Kritik wohl standhalten können. Der Münchener Maler Lamberger, ein anerkannter Künstler, zeichnet sie.

Indem wir unsere Leser nochmals zum energischen Kampf gegen die Schundunterhaltungslektüre aufsuchen, empfehlen wir ihnen die tatkräftigste Unterstüzung der sozialdemokratischen illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft in gutem, großem Druck für 10 Pf. Alle Parteibuchhandlungen, Kolportage und Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

Wünsche laut werden, daß ihnen noch mehr gegeben werden sollte. Dadurch macht man sie nicht zufriedener, sondern man macht sie unzufriedener. Ich möchte wünschen, daß unter Mitwirkung von Herrn Giesberts in der Kommission die Wünsche des Herrn Giesberts gewürdigt werden. Dort kommen wir auf die Sache zurück, um sie der späteren Versammlung druckfertig vorzulegen. Ich halte es nicht für richtig, daß wir hier in die Beratung der einzelnen Sachen eintreten. Wir wollen sie der Finanz- und Geschäftsordnungskommission unter Einziehung von Herrn Giesberts überlassen. Dann können wir der Kommission die Frage stellen, ob noch Material geschaffen werden soll. Nach den Zahlen, die ich angegeben habe, halte ich das für wertlos. Sie bekommen dann ja Zahlen, aber ob die zutreffen, wissen Sie nicht.

Stadtv. Lange: Ich möchte bitten, zu beschließen, die Unterlagen zu beschaffen, die von Strupp und ähnlichen Werken leicht zu erhalten sind.

Der Vorsitzende: Die Firma Krupp hat 25.000 Arbeiter; ich glaube nicht, daß sich das mit unseren Verhältnissen vergleichen läßt. Wenn Sie es aber wünschen, können wir ja dort anfragen.

Stadtv. F. Felker: Wie stellt sich denn die Sache, wenn wir die Bestimmungen, die wir heute besprochen haben, schon 1905 und 1906 gehabt haben würden?

Der Vorsitzende: Das ist nicht. Im Etat stehen ein paar lumpige Unterstellungen für Leute aus früherer Zeit. Am besten brechen wir die Beratung ab und sagen zu, uns an Krupp zu wenden. Im übrigen muß ich Ihnen sagen, daß das wenig Zweck hat; denn die Sache ist mit zu viel Zufälligkeiten verknüpft, so daß sie sich nicht berechnen läßt.

Hierauf wird die Sache an die Kommission zurückverwiesen.

Aus den Gemeinden.

Ueber eine Million Einwohner in den Vororten Berlins. Die Zahl der Einwohner in den Vororten hat, nach den monatlichen, fortlaufenden Notierungen der einzelnen Gemeinden berechnet, jetzt die Höhe von 1.054.000 erreicht und Groß-Berlin zählt demnach 3.104.000 Seelen. An der Spitze der Vororte steht Charlottenburg mit rund 216.000 Einwohnern. Rixdorf hat mit 167.000 Einwohnern Schöneberg, auf dessen Gemeinde 116.000 Seelen entfallen, geschlagen. Die junge Stadt Wilmersdorf steht mit 71.000 Einwohnern vor dem Dorf Lichterberg, dessen Einwohnerzahl 62.000 beträgt. Nachdem Lichtenberg zum kommenden April Stadt geworden sein wird, tritt Pankow-Kummelsburg mit 41.000 Einwohnern an seine Stelle als größtes Dorf um Berlin. Weissenhof folgt mit 10.000 und dann weisen drei Gemeinden je über 20.000 Einwohner auf: Steglitz, Groß-Lichterfelde und Pankow. Die Zahl von 20.000 Einwohnern wird von zwei Orten, Reinickendorf (27.000) und Friedenau (20.500), überschritten. Bis zu 10.000 Einwohnern berah folgen dann neun Orte und zwar: Coer-Schöneweide (16.500), Friedrichsfelde (14.500), Zehlendorf (13.700), Dreptow (13.000), Tempelhof (12.000), Zehlendorf (11.900), Nieder-Schönhausen (10.300), Mariendorf-Zehlendorf (10.200) und Veit mit 10.000 Seelen. Hierauf folgen Zantowitz (8.000), Rosenthal und Schmaragdendorf mit je 6.000 Einwohnern, dann Grünwald (1.800), Kamehof (1.000) und Wittenau mit ebenfalls 1.000 Personen. Vier kleinere Orte, Hohen-Schönhausen, Nieder-Schöneweide, Flögensee und Kubars haben je über 300 Einwohner und Scherndorf schließlich nur 100 Einwohner. Als jüngster Ort folgt Nicolassée mit 50 Seelen.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Mit einer Pantomime, die man in sonstigen Sachen von der Bauverwaltung der Manufaktur nicht gewohnt ist, ist auch diesmal wiederum die verkürzte Arbeitszeit bei uns eingetreten und damit der herkömmliche Lohnausfall. Entgegen dem vorjährigen Arbeitsplan sogar gleich von 10 auf 9 1/2 S und 7 1/2 Stunden. Von irrendwacher Verbesserung, sei es in dem miserablen Lohnverhältnis, das heute noch mit 38 Pf. pro Stunde Anfangslohn besteht und wofür auf allen drei Lagerplätzen kaum Arbeiter zu bekommen sind, ist nicht ein Wort zu hören. Nicht einmal die so mit Recht gewünschten Regenpelerinen hat die Verwaltung anzuweisen für nötig befunden. Durch das Auslösen von Materialien, das den betreffenden Arbeitern von den Lieferanten bezahlt wird und wofür in der Zeit der Lohn in Abzug gebracht wird, erspart sich die Verwaltung jahraus jahrein eine ganz erhebliche Summe. Es heißt wohl immer, es sind so und so viel Leute bei der Verwaltung beschäftigt, in Wahrheit arbeitet aber nur ein geringer Teil tatsächlich bei derselben. Sollte es denn nicht möglich sein, von diesen Ersparnissen wenigstens den Arbeitern im Winter den Lohn so zu zahlen, daß sie vor bitterster Not und Schuldenmaden geschützt sind? Es wäre doch wünschenswert, daß einmal bei der Bauverwaltung die Manufaktur dieser unbestreitbare Mithand bereitwillig wird!

Berlin. Mit dem Gasarbeiterstreik in Oberitalien beschäftigte sich eine stark besuchte Versammlung der Kollegen der Englischen Gasanstalten in Mariendorf. Die Gaswerke im Ober-

italienischen Streitgebiet befinden sich in Händen derselben Gesellschaft, welche auch einen Teil Berlins und seiner Vororte mit Gas versorgt. Wie Kollege Polenske in der Versammlung ausführte, drehte sich der Streik in Mailand in der Hauptsache um die Lohnfrage. Geradezu erbärmlich müssen die Löhne bisher gewesen sein, wenn man die aufgestellten Forderungen, um deren Halben es zum Streik kam, betrachtet. Die Arbeiter kämpften um einen Minimallohn von 3 Lire = 2,40 Mk. und Alterszulagen bis zum Höchstlohn von 1 Lire = 3,20 Mk. Wirklich Forderungen, die nur durch ihre Bescheidenheit auffallen. Der Streik der Mailänder Kollegen hatte zur Folge, daß Mailand plötzlich im Dunkeln war. Die Gesellschaft suchte nun mit allen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen. Mit den italienischen Bauern der Umgebung hatte sie kein Glück. Als dieselben den Sachverhalt erfuhr, erklärten sie sich mit den Streikenden solidarisch. Die Direktion versuchte nun in Frankreich und Deutschland Streikbrecher zu bekommen. Zu unserer Verärgernung muß es gesagt werden, sie erreichte ihr Ziel. Durch Versprechungen gelang es ihr, 21 Mann aus Berlin und Mariendorf zu dieser Judasrolle zu bewegen. Wohlwollend hatte sich die Verwaltung mit ihrem Ansuchen fast ausschließlich an die ihr als unorganisiert bekannten Arbeiter gewendet. Leider mußte aber festgestellt werden, daß auch drei organisierte Arbeiter ihre Arbeiterrechte preisgaben. Die Vorbereitungen zu ihrer Abreise geschahen so plötzlich und heimlich, daß die Organisation, als ihr der Sachverhalt bekannt wurde, vor einer vollständigen Tatsache stand. Es wurden jedoch alle Maßnahmen getroffen, um weitere Transporte von Streikbrechern unmöglich zu machen. Doch weder den deutschen noch den französischen Bauern gelang die Produktion von Gas in genügender Weise. Der Streik endigte mit dem vollständigen Siege der Arbeiter. Bei der Abreise der Streikenden spielten sich dann jene bekannten Vorgänge ab, welche zum Generalstreik in zahlreichen Städten Italiens führten. Wenn uns auch der Sieg der Mailänder Kollegen mit Genugtuung erfüllt, so bleibt doch die Tatsache, daß Berliner Gasarbeiter eine derartige Rolle spielten, tief bedauernd. — In der äußerst lebhaften Diskussion wurde die Handlungsweise dieser Elemente auf das schärfste gebührend. Der Abschied, der ihnen durch die Mailänder Arbeitergesellschaft bereitet wurde, scheint allerdings nicht nach ihrem Geschmack gewesen zu sein, denn es hat geräumer Zeit bedurft, ehe sie sich von den Strapazen dieser Italienreise erholten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der das Verhalten der Arbeitswilligen verurteilt wurde, und welche die italienischen Kollegen zu ihrem Siege beglückwünschte. — Wir bringen nachstehend die Namen der als Arbeitswilligen nach Italien Gegangenen. Vom Gaswerk Ostschöneberg: E. K. und E. die Auerleute: Valentin, August, Adolf, Scholz, Hermann, Schulz, Siegel, Emil, Mauritz, August, Anton, Albert, Fröhlich, Paul, Steinbach, Wilhelm, Feig und der Kontrollleur Burger, welcher letzterer schon vor Jahren in Wien Arbeitswilligendienste leistete. Vom Gaswerk Mariendorf: Feldt, Arzina, Rode, Otto, Heinrich, Mammert, Mühl, Zähler, Kreutz, Weigner III, Appenroth und Weisner.

Frankfurt a. O. (Arbeiterlöhne in der Straßenreinigungsverwaltung.) Redt erbauliche Dinge konnte man kürzlich in unserer Stadtverordnetenversammlung hören. Nachdem man des langen und breiten über die Heizungsrichtung in der Rikolastische geredet, wurde ein klein wenig in Arbeiterpolitik gemacht. Die Löhne der Straßenreinigungsarbeiter sollten erhöht werden. Schon vor zirka zwei Jahren hatten diese Arbeiter vergeblich gebeten, ihr Einkommen etwas zu erhöhen. Auch in dieser Sache angerutete Regierungspräsident hielt die Löhne für angemessen. Heute nun erfährt die Öffentlichkeit, wie wohlthätig und prächtig unsere häßlichen Arbeiter bisher von ihren königlichen Löhnen leben konnten. Hier ein Schema der Löhne:

	pro Stunde früher	jetzt
Vorarbeiter	27 Pf.	30 Pf.
ständige Arbeiter	25 "	27 "
Hilfsarbeiter ohne Rentenbezug	20 "	22 "
Hilfsarbeiter mit Rentenbezug	20 "	20 "

und für Nacharbeit wird in Zukunft 1 Pf. pro Stunde mehr gezahlt. Der ganze Etat wird sich dadurch um 2500 bis 2700 Mk. erhöhen. Das sind geradezu erbärmliche Löhne, welche die Mommezahl. Wie soll bei den jetzigen Lohnverhältnissen eine Arbeiterfamilie mit 13-20 Mk. die Woche auskommen. Von den Herren Lagerlichen Stadtverordneten wird uns sicher niemand das Experiment vorkommen. Gerade die Momme sollte doch besorgt sein, in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen vorwiegend zu wirken. Das ist aber leider nie der Fall. Bei den höheren Beamten und Angestellten wird allerdings nicht gespart, mit dem Sparen fängt man bei denen an, die von der Hand in den Mund leben, bei den Arbeitern und den niederen Beamten. Das wird natürlich nicht besser werden, ehe nicht sozialdemokratische Stadtverordnete in den Stadtparlamenten in genügender Anzahl sitzen, und die Arbeiter sich im Staats- und Gemeindefunktionärsverband organisieren, um sich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Essen. Am 18. September fand eine Sektionsversammlung für die Betriebe des Tiefbaues und der Unterinspektion statt. Kollege Altwater, Stuttgart referierte über „Die Ar-

beiterauschüsse und ihre Taten", und hob besonders hervor, daß man mit den Arbeiterauschüssen teilweise recht schlechte Erfahrungen gemacht hat. Es sei aber gesagt, daß am hiesigen Orte die Kollegen ihre Pflicht getan hätten, soweit es in ihren Kräften stand. Nur müsse in den nächsten zwei Jahren intensiver gearbeitet werden. Denn die größten Missetaten und die schlechteste Behandlung und Ausbeutung seien gerade in diesen Betrieben vorherrschend. Der Hauptzweck sei heute der, um zu fragen, wie stellen sich die Kollegen zu der bevorstehenden Arbeiterauswahl? Hier müsse besonders darauf Wert gelegt werden, daß wir Kollegen sind, die rücksichtslos die Vertretung der Kollegen übernehmen. Nun sind aber die Kollegen leider nur zu wenig organisiert. Es steht hier fest, daß gerade die ausstehenden Kollegen der Meinung sind, sie seien nicht richtig vertreten worden. Nun wünschen die Nichtorganisierten auch eine Vertretung. Diesem kann aber der Verband unter keinen Umständen stattgeben, denn wenn wir uns fragen, ist es möglich, daß ein Unorganisierte eine Vertretung im richtigen Wort und Sinn übernehmen kann, so müssen wir zur Antwort kommen: Nein! Denn der Kollege, welcher nicht mit seinen Arbeitsbrüdern marschiert, der besitzt auch nicht die Befähigung zu einem derartigen Posten. Hier ist es die erste Pflicht, daß sich die Kollegen wieder dem Verbande anschließen und die kleinen persönlichen Reibereien unbedingt beiseite stellen, um in den Kampf für bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse einzutreten. Nach kurzer Diskussion wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die alten Kollegen wieder aufzustellen unter Einziehung unseres Kollegen Wilhelm Klagholz. Anschließend an diese Versammlung fand noch eine Vertreterbesprechung von Seiten des Arbeiterauschusses statt, welche beschloß, unbedingt noch eine Sitzung vor Ablauf ihrer Zeit mit Herrn Oberingenieur Dr. Göbel abzuhalten, um verschiedene Angelegenheiten zu besprechen. Sodann beriet man über die Wahl des Arbeiterauschusses. Laut Statut soll dieselbe am 1. Oktober alle 2 Jahre stattfinden und 14 Tage vor derselben soll eine öffentliche Bekanntmachung erfolgen. Hier gab Herr Oberingenieur Göbel das Bescheid, daß die Sache sofort in die Wege geleitet wird, und so findet die Wahl gerade einen Monat später statt, und zwar am 1. Oktober. Wir rufen nun den Kollegen der beiden Betriebe zu: Seid einig und wählt Mann für Mann die vorgeschlagenen Kandidaten des Verbandes! Denn Kollegen, Wahltag ist Wahltag!

Kunden. (Forstarbeiter.) Am Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, fand im oberen Saale des Gasthauses „Zur Post“ in Körtzen eine sehr gut besetzte öffentliche Versammlung der gemeinlichen und staatlichen Forstarbeiter statt. Von der hiesigen Kunden war als Versammlungsleiter Kollege Josef Sebold erschienen, welcher nach erfolgter Entschuldigung des Anderweitig in Anspruch genommenen Gauleiters Franz Sebold dem Referenten, Landtagsabgeordneten Franz Schmitt, das Wort erteilte. In einem nahezu zweistündigen Vortrage schilderte dieser die Lage der bayerischen Staatsarbeiter im allgemeinen und der Forstarbeiter im besonderen. Von warmem Applaus des öfteren unterbrochen, skizzierte Redner ein Spiegelbild, wie das Zentrum im bayerischen Landtage die Staatsarbeiter jährelang am Karrenrad herumzuführen, wie man es stets verstanden, sich um Verbesserungen bemühen zu dürfen, aber desto kräftiger die Steuer-schraube anzuziehen. Die heutige Entlohnung der Forstarbeiter sei eines Menschen im 20. Jahrhundert geradezu unwürdig. Komme wirklich eine Aufbesserung, so reichte es wohl bis zu den Beamten, nicht aber bis zu den Arbeitern herunter. Dafür läßt dann auch die Behandlung seitens der Herren Beamten oft sehr viel zu wünschen übrig. Referent forderte für die Forstarbeiter auch genügend Schutzpatronen gegen die Unbill der Witterung, Fertigmachung des Essens, Tröden der Meider usw. Für die Zurücklegung von sehr weiten Wegen mußten Entfernungszulagen gewährt werden; auch mußte den Forstarbeitern das nötige Hand-werkzeug seitens der Forstämter gestellt werden. Zum Schluß forderte Redner auf, bei zukünftigen Wahlen mit der Stimm-abgabe sehr vorichtig zu sein und diese nur den Vertretern der Arbeiterklasse zu geben. Auch mußten die Forstarbeiter die Arbeiterzeitung („Münchener Post“) lesen, um sich anzuklären. Land-tagsabgeordneter Schmitt berichtete, daß seine Partei alles daran setzen werde, auch für die Forstarbeiter, sei es im Landtag oder im Münchener Rathaus, bessere, menschenwürdige Zustände zu schaffen. Sämtliche anwesende, noch nicht organisierte Forstarbeiter schlossen sich dem Verbands an. So sehen wir, daß es auch in den hintersten Wäldern zu dümmern beginnt. Ein herzliches Willkommen in unserem Verbande sei hiermit der neuen Mäpferklasse entgegen gebracht.

Stettin. Unsere Filiale hielt am 10. Oktober ihre Mitgliederversammlung ab. Genosse Lunger referierte über den Bau eines Volkshauses und legte der Versammlung klar, in welcher Weise das Kapital aufgebracht werden soll. Zu diesem Zwecke sollen Anteilskasse zu 500 Mk. an die einzelnen Gewerkschaften herausgegeben werden. Die Gewerkschaften geben Gutscheine von 50, 10 und 5 Mk. an ihre Mitglieder. Damit die Mitglieder mit Recht-tigkeit in den Besitz eines Gutscheines gelangen können, werden Marken zu 50 Pf. herausgegeben. Es ist somit den Kollegen Gelegen-heit gegeben, sich in den Besitz einiger Sparpfennige zu setzen. Ver-

zinsbar wird das Geld jedoch erst mit der Inbetriebsetzung des Volkshauses. Die Gutscheine können zu jeder Zeit bei der be-treffenden Gewerkschaft eingelöst werden. Mehrere Kollegen sprachen im Sinne des Referenten. Der Vorschlag fand ein-stimmige Annahme. — Die Abrechnung vom 3. Quartal erab eine Einnahme von 1101,18 Mk. und eine Ausgabe von 211,36 Mk., so daß in der Filiale ein Bestand von 874,16 Mk. verbleibt. Die Abrechnung vom Herbstvergnügen ergab eine Einnahme von 25,50 Mk., eine Ausgabe von 40,60 Mk., mithin ein Defizit von 15,10 Mk. Als Schriftführer wurde der Kollege Gründemann, als Hauskassierer für das 5. Revier der Kollege Sonntag ge-wählt. Die Kollegen des Gaswerkes berichteten über Besuche, welche der Gasanstalt durch den Regierungspräsidenten und kürzlich durch unsere Stadtväter zuteil wurden. Hervorzuheben ist, daß die Arbeiter, die sonst mit 4 Mann an zwei Batterien arbeiten, während des Besuches mit 4 Mann an einer Batterie arbeiten mußten. Es ist kein Wunder, daß, wenn die Arbeiter mit For-dierungen kommen, diese abgelehnt werden, weil man den Stadt-vätern sowie auch den Arbeitern bei etwaigen Besuchen solche Dinge vormacht, und erstere von der wirklich zu leistenden Arbeit der Gas-arbeiter keine Ahnung haben. Würden die Besuche unangemeldet abgestattet, so möchten die Stadtväter andere Begriffe bekommen.

Rundschau.

Winterliche Sozialpolitik. Hierzu schreibt der „Stadtvordneter“: Die rauhe Jahreszeit verkürrt mancherlei Räte, die in jedem nambhaften Gemeinwesen chronisch sind und ständig der lindernden Hand harren. Fangen wir also bei den An-geordneten der Gemeinde selbst an. Sie alle, vom höchsten bis zum letzten, haben gleichmäßig das Bedürfnis, ihre Arbeit in Diensträumen verrichten zu können, in denen sie unter der Witterungsunbill weder direkt noch indirekt zu leiden haben. Nicht nur gegen Kälte und Zug möchten sie hinreichend geschützt sein, auch genügend Luftstrom zu ihnen im Winter, wo alle Räume geschlossen gehalten werden, nötiger als je, überfüllte Diensträume sind dann am wenigsten erträglich. Zumal die Beleuchtung an der Luft zehren hilft. Die Beleuchtung muß so gewählt werden, daß sie das nur in möglichst geringem Maße tut. Auch sonst kann sie je nach ihrer Art viel zur Arbeitsfähigkeit und -Freudigkeit oder zum Gegenteil beitragen. Der Schutz gegen Kälte erfährt einen elken Vorrangangehenden willkommenen Ausbau durch einen geeigneten Fußbodenbelag wie Linoleum. Auch größeren Anspruch auf Schutz vor winterlicher Unbill bei Ausübung ihrer Berufs-pflicht haben natürlich die Beamten und Arbeiter des Außendienstes, wie die Boten, die Polizeibeamten und ev. Nachwächter, die Kanalisations- und Straßenarbeiter und Auf-seher. Warme Dienstriefel, Handschuhe, Mäntel und Hüben, Regenmäntel können manchen von ihnen, der sonst frühzeitig die Penions-, Kranken- oder Armentasse der Gemeinde belastet würde, gesund und lange arbeitsfähig erhalten. In geeigneten Fällen wird auch auf rechtzeitige Ablösung vom Außendienst zu achten sein. Noch andere kleine Erleichterungen, wie ein warmer, überdachter Raum für Arbeitspausen, für die Frühstücks- und Mittagszeit werden von den Leuten als eine große Wohltat emp-funden. Solche Räume sind freilich nicht immer noch im Winter selbst sofort zu beschaffen, deshalb ist es gut, schon in diesen Wochen an solche Dinge zu denken. Besonders geboten sind alle derartigen Vorkehrungen natürlich für Straßenbahnangeordnete, falls die Gemeinde eine Bahn in eigener Regie oder auf die Bahn-gesellschaft durch ihre Beziehungen Einfluß hat. — Wir möchten diese Wünsche dahin erweitern, daß sich die Kollegen nicht auf den guten Willen ihrer Vorgesetzten in diesen Dingen verlassen, sondern daß allerorts, wo diesbezügliche Missetaten existieren oder ohne Einrichtungen noch fehlen, die Arbeiterauschüsse beauf-tragt werden, in diesem Sinne vorstellig zu werden.

Sozialpolitik im Berliner Rathaus? Die Berliner sozialdemokratische Stadtvordneterfraktion stellte in der letzten Sitzung den Antrag auf Einsetzung eines stän-digen Ausschusses für soziale Angelegenheiten. Während die bürgerliche Mehrheit sich bisher triftig ablehnend zu dem gleichen Antrage gestellt hatte, ist durch die bedeutliche Nähe der Stadtvordneterwahlen der Antrag einem Aus-schuh überwiegen. Es fragt sich nur, ob die von einem sog. fortjähr. Stadt-vordneter gemachten Ausführungen zutreffen. Er sagte: „Solange keine sozialfortschrittliche Mehrheit in einer Versammlung wie dieser vorhanden sein wird, befürchte ich, daß ein solcher ständiger Ausschuh sich zu einem Verechtigungs-ausschuh für sozial-politische Angelegenheiten auswachen wird. An Stelle der Mehr-heit würde ich den Antrag annehmen, es wäre event. der Zeit Weg, um eine sozial- Angelegenheit zu ver-zögern.“ — In der Tat ist von der letzten Stadtvordneterwahl eine er-sprechliche sozialpolitische Betätigung schwerlich zu erwarten. Es sei deshalb bei den bevorstehenden Stadtvordneter-wahlen jeder Kollege auf dem Posten und Sorge dafür, daß wenigstens in der 3. Klasse die Arbeitervertreter ihren Einzug halten!

Auf dem städtischen Gaswerk in Charlotten-burg hat sich ein schwerer Unglücksfall ereignet, bei welchem

zwei Männer zu Schaden kamen. Der 40jährige Maschinenarbeiter Müde und der 38 Jahre alte Arbeiter Linke arbeiteten auf einem an dem Retortenraum fünf Meter über dem Erdboden angebrachten Brett, das lose in zwei Eisenanker eingelegt war. Durch die Bewegungen der beiden Männer glitt das Brett auf der einen Seite aus seiner Lage, und beide Arbeiter stürzten in die Tiefe. Hierbei erlitt Müde so schwere Verletzungen, daß er nach dem Krankenhaus Westend überführt werden mußte. L. kam mit leichteren Kontusionen davon.

Note Schleifen scheinen der Verwaltung des Bremer Buntentorfriedhofs große Verposität zu verursachen. Kürzlich wurde ein Mitglied unseres Verbandes beerdigt. Die Verbandskollegen hatten ihm einen Kranz mit roter Schleife gestiftet. Die Hinterbliebenen hatten die Absicht, diese Schleife aufzubewahren. Einer der Leichenträger kam ihnen jedoch zuvor, indem er den Kranz mit der Schleife in die Gruft warf. Als ihm darüber Vorkhaltungen gemacht wurden, erklärte er, daß die Verwaltung nicht gern rote Schleifen auf den Gräbern sehe. Die Verwaltung des Friedhofs sollte es doch den Angehörigen überlassen, wie sie die Gräber ihrer teuren Toten schmücken wollen.

Auf dem Wege zur Erkenntnis? Bisher wollten die Christlichen von dem Vorhandensein verschiedener Massen mit gegensätzlichen Interessen und von der Notwendigkeit des Klassenkampfes nichts wissen. Der Massenkampf war nach ihrer Auffassung weder berechtigt noch notwendig. Die Sozialdemokraten hatten ihn ins Werk gesetzt, um die Massen aufzuwecken und unzufrieden zu machen. In diese Anschauung ist unter der belehrenden Wirkung der tatsächlichen Verhältnisse doch mit der Zeit ein arger Riß gekommen und so lesen wir in der christlichen „Beiterpresse“ heute Dinge, die noch vor kurzem als sozialdemokratische Hebereien galten. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (W.-Glabach) bringt z. B. in ihrer letzten Nummer einen Artikel über die Entwicklung von der Masseneinheit zum Massenkampf, wo wir nichts mehr davon hören, daß der Massenkampf eine sozialistische Erfindung sei, sondern wo klar und deutlich verstanden wird, daß der Massenkampf ein notwendiges Ergebnis der sozialen Entwicklung ist. Der Artikel schildert zunächst das Verhältnis von Gesellen und Meister unter der Zunftordnung, dann die Auflösung der Zunft und Hausgemeinschaft und die sich daraus ergebende Wirkung auf die soziale Lage von Unternehmer und Arbeiter, wobei ersterer in eine immer höhere, letzterer in eine immer tiefere Stellung gerät. Dann heißt es: So spaltet sich bei der neuzeitlichen Umgestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens das früher sozial geeinte Gewerbewesen in zwei getrennte soziale Klassen. Diese Klassentrennung prägte sich nicht bloß aus in der sozialen Stellung, in der gesellschaftlichen Stellung, in die der Industriearbeiter sich versetzt sah; die Wandlung der Dinge kam dem Arbeiter empfindlich zum Bewußtsein durch ihre Wirkung auf den materiellen Untergrund seines Daseins, auf seine Substanzmittel. Er sah den Arbeitgeber, den Kapitalisten, höher und höher steigen, sah ihn reich werden; sah aber sah er verurteilt, arm zu bleiben. Und doch wußte er, daß seine Arbeit, seine Mühe, sein Schweiß es war, der die großen Werke schaffen half, und er sah und wußte, daß seine Arbeit ebenso gut im Wirtschaftsleben notwendig war wie die Tätigkeit des Unternehmers: Sein Menschheitsbewußtsein baumte sich auf gegen die bloße Wertung als Arbeitstier und Maschinenmensch, und nicht lange, da schloß ein Band sich um die Angehörigen der neuen Klasse, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Enterteten. Sie, die die Reichtümer der neuen Zeit mit erwerben halfen, wollten nicht immer die Stiefkinder der neuen Zeit sein und ihre Rechte sich wahren und, wenn's sein muß, erobern in energischem Kampfe. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß die beiden Klassen des modernen Industrievolkes über kurz oder lang miteinander in Gegensatz und Widerstreit gerieten: zum Kampf von Klasse gegen Klasse. Das hört sich wesentlich anders an als das törichte Gefasels über den Massenkampf als „sozialdemokratische Maché“ zur Verhehlung der Massen. Der Massenkampf wird von dem christlichen Blatte als notwendige Erscheinung der sozialen Entwicklung hingestellt. Das ist immerhin ein Fortschritt.

Eine Frucht des Essener Parteitagés. Der Fabrikarbeiterverband in Bernburg, zirka 500 Mitglieder zählend, beschloß einen Lokalbeitrag von monatlich 5 Pf. für Saalmiete zu erheben. Das macht pro Jahr bei 500 Mitgliedern eine Summe von 300 Mk. aus. Dafür erhalten die Mitglieder einen von jeden Ausschank freien Saal. Es darf überhaupt nicht serviert werden. Für die Mitglieder sind monatlich 5 Pf. Zehrkosten gewiß außerordentlich wenig. Auf diese Weise wird die Saalmiete auch von denen mitbezahlt, die nicht zur Versammlung kommen.

Der staatsgefährliche Nachwächter. Das „Garburger Volksblatt“ schreibt: Das Dorf Gossrau bei Zeitz hat in einer furchtbaren Gefahr geschwebt. Sein bisheriger Nachwächter ist nämlich — schauerlich! — ein unverfälschter Sozialdemokrat. Wer weiß, welche schändlichen Pläne dieser Heimtücker am Ende

noch ausgebrütet haben würde, wenn nicht zum Glück der Ortschulze Robert Jausch durch eine Denunziation beim Landrat in Weiskens das Schlimmste verhütet hätte. Dem Schulzen Robert Jausch gebührt deshalb das unsterbliche Verdienst, Gossrau vor dem zweifellosen Verderben bewahrt zu haben. Denn aus Weiskens ging dem Sünder folgende Mitteilung zu:

Der königliche Landrat.

J.-Nr. 4076.

Wie amtlich festgesetzt ist, haben Sie am 1. Mai d. J. an der sozialdemokratischen Kaiser-Verammlung in Teuchern und darauf an den sozialdemokratischen Veranstaltungen in Wühlitz teilgenommen. Mit Rücksicht hierauf enthebe ich Sie hierdurch von Ihrem Amte als Nachwächter der Gemeinde Gossrau.

Graf Lurub.

An den Nachwächter Herrn Dobisch in Gossrau.

Recht so! Das wäre noch schöner, wenn ein Noter sollte Nachwächter sein dürfen! Schwarz wie die Nacht muß auch ein anständiger Nachwächter gesinnt sein. Er muß sich färben. Nun hat Dobisch was von seiner Ueberzeugungstreue! Wirtschaftlich ist er vernichtet; denn selbstverständlich ist ihm nun auch das Kiefengehalt als Nachwächter von Gossrau entzogen worden. Das betrug jährlich 54 Mk., also monatlich 4,50 Mk. oder täglich — richtiger gesagt: nächtlich — 15 Pf. Da der Dienst von abends 10 Uhr bis früh 3 Uhr währte, also 5 Stunden, entfiel auf jede Wachtstunde die kolossale Summe von drei Pfennig. Aber ein Unstich kommt selten allein, und die von Dobisch frevelhaft durchführte Staatsordnung mußte ganz gerochen werden. Deshalb hat man das Verbrechen des Vaters auch heimgeführt an seinem Kinde, das als Gänsemädchen von April bis in den November hinein die Gemeindegänge hüten mußte und dafür 30 Mk. erhielt. Wer wollte die Möglichkeit bestreiten, daß bei der attemmäßigen Verurteilung sozialdemokratischer Gesinnung das Mädchen vielleicht den Gängen umstürzlerische Gedanken auch ihres Amtes als Gänsemädchen enthaben worden. Ich will die Sünden der Väter heimführen an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied, steht in der Bibel.

Christliche Nächstenliebe? Der katholische „Bauernvereins-Kalender“ für Niederösterreich enthält folgendes inbrünstige Gebet:

Send', o Herr, den Moses wieder
Daß er seine Glaubensbrüder
Heimführ' ins gelobte Land!
Lasse dann das Meer sich teilen
Und die hohen Wasserfäulen
Zerbrechen auf des Meeres Grund.
Wenn dann in dieser Rinne
All die Juden sind darinnen,
Mach', o Herr, die Klappe zu —
Und die Christen haben Ruh.

Totenliste des Verbandes.

Karl Dirm, Stuttgart † 14. Oktober 1907 im Alter von 46 Jahren.	Philipp König, Stuttgart † 15. Oktober 1907 im Alter von 64 Jahren.
--	--

Christof Freimüller, Mannheim
† 30. September 1907 im Alter von 48 Jahren.
Ohre ihrem Andenken!

Die Nummer 41 der „Gewerkschaft“ 1907 ist total vergriffen. Wir erlauben die Filialen, soweit sie im Besitze überflüssiger Nummern sind, solche umgehend an uns einsenden zu wollen.
Der Verbandsvorstand.

Filiale Lübeck.

Freitag, den 1. November 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Vereins Hause, Johannisstr. 50—52.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Filial-Vorstand.